

ver.di

HANDEL

Informationen aus Einzel- und Großhandel

NR. 4 10. JAHRGANG
DEZ. 2011

INHALT

► **WUT BEI PRAKTIKER:** Viele Beschäftigte sind sauer über ein Programm zur Restrukturierung und fürchten um ihre Jobs **Seite 2**

► **NEU AN DER SPITZE:** Stefanie Nutzenberger ist neue Leiterin des ver.di-Bundesfachbereichs Handel. Ein Interview auf **Seite 4**

Die nächste Beilage »Handel« erscheint im Frühjahr 2012

IMPRESSUM

Herausgeber: Stefanie Nutzenberger, Frank Bsirske, Bundesvorstand Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, 0 30-69 56-0 **Redaktion & Gestaltung:** Andreas Hamann, Claudia Sikora, bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel. 0 30-61 39 36-0, Fax: 0 30-61 39 36 18, E-Mail: info@bleifrei-berlin.de **Druck & Vertrieb:** alpha print medien AG



In Leipzig trafen sich am 22. November rund 100 aktive GewerkschafterInnen aus dem Einzelhandel Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens zu einer Mindestlohn-Tagung. Dort wurden erste Aktionsideen entwickelt. Das reichte von öffentlichen Protest- und Kundenaktionen vor tariflosen Betrieben bis hin zu Regalstopper- und Facebook-Aktionen.

FOTO: LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (LVZ)

VER.DI-TARIKKOMMISSION LEGTE GRUNDPOSITIONEN FEST

Für Mindestlohn-Tarif, Dumping stoppen!

Rund 300.000 Beschäftigte des Einzelhandels müssen zu Löhnen unter fünf Euro pro Stunde arbeiten. Und sie sind deshalb auf Hartz IV angewiesen. Dumpinglöhne, die unwesentlich höher liegen, beziehen viele weitere Kolleginnen und Kollegen in tariflosen Betrieben.

ver.di im Handel geht diese skandalösen und menschenwürdigen Bedingungen offensiv an und macht mobil für einen Mindestlohn-Tarifvertrag, der für ausnahmslos alle Unternehmen verbindlich ist. Auch der Arbeitgeberverband HDE ist an einer solchen Vereinbarung interessiert, um nach eigener Aussage Wettbewerbs- und Chancengleichheit in der Branche zu verbessern.

Ihre Positionen für einen Mindestlohn im Einzelhandel hat ver.di am 25. November in Göttingen beschlossen. Die eigens dafür gebildete Tariffkommission trat dort erstmals zusammen. Verhandelt wird, wenn die Arbeitgeber vorabsichern, dass die gesetzlichen Vorausset-

zungen für die Allgemeinverbindlichkeit erfüllt sind. Hintergrund: Damit ein Mindestlohn-Tarifvertrag für alle Unternehmen der Branche allgemein verbindlich erklärt werden darf, muss die Tarifgebundenheit im Einzelhandel mit einer Quote von mehr als 50 Prozent nachgewiesen sein.

»Es ist skandalös, dass 12 Prozent der Beschäftigten im deutschen Einzelhandel für weniger als fünf Euro die Stunde arbeiten müssen«, sagte Stefanie Nutzenberger, ver.di-Bundesvorstandsmitglied für den Handel. Wer Tag für Tag hart arbeite, um sich und seine Familie zu ernähren, habe Respekt vor dieser Leistung verdient. »Ein Mindestlohn-Tarifvertrag kann hier eine gute Basis für menschenwürdige Arbeit in der Branche schaffen.«

Dem Dumping- und Verdrängungswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Gleichzeitig stabilisiere die Einführung eines Branchenmindestlohnes

die Flächentarifverträge. »Klar ist, dass der künftige Mindestlohn unsere Flächentarife nicht unterbieten darf«, heißt es dazu in einem zentralen Flugblatt mit dem Kampagnenmotto »Menschen haben ihre Würde. Arbeit hat ihren Preis.«

Gezielte Aktionen

Noch im November hat es zwei Auftaktveranstaltungen gegeben. In Leipzig trafen sich am 22. November rund 100 aktive GewerkschafterInnen zu einer Mindestlohn-Tagung (siehe auch Bildunterschrift oben).

Einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn hat die ver.di-Tariffkommission für den bayrischen Einzelhandel am 29. November in Ingolstadt »als ersten wichtigen Schritt« bezeichnet. »Wir werden jedoch weiterhin für einen gesetzlichen Mindestlohn mit mindestens 8,50 Euro eintreten«, so ver.di-Landesfachbereichsleiter Hubert Thiermeyer. In einem Aktionsplan steht die Ausweitung der Tarifbindung im Handel und die Wahl von mehr Betriebsräten ganz oben an. Tariflose Unternehmen sollen gezielt unter Druck gesetzt werden. **AHA**



Stefanie Nutzenberger

MOMENT MAL!

Rechtsextreme Gewalt ist Gesprächsthema. Dafür hat die kürzlich aufgedeckte Neonazi-Mordserie auf schreckliche Weise gesorgt. Doch Rassismus und Antisemitismus tauchen auch im alltäglichen Geschehen immer wieder auf, manchmal am Arbeitsplatz, nicht nur beim Kundenkontakt. Seit etwa drei Jahren gibt es in Berlin-Brandenburg mit der Initiative »Handeln statt wegsehen!« das erste überregionale Bündnis von Arbeitgebern und Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus. Beteiligt sind u.a. der dortige Handelsverband sowie ver.di Berlin. Die ver.di-Bundesfachgruppe Einzelhandel hat es als Aufgabe formuliert und beschlossen, daraus eine bundesweite Initiative zu machen, die alle Unternehmen der Branche einbezieht. Momentan gibt es intensive Aktivitäten, um dieses Ziel zu erreichen und das Thema zu einem betrieblichen zu machen. Die Ansage ist klar: Null Toleranz im Betrieb für diskriminierende Äußerungen oder körperliche Angriffe wegen Hautfarbe, Religion, Nationalität oder sexueller Orientierung. **ULRICH DALIBOR**



Die Superreichen im Handel 2011 – Privatvermögen in Mrd. Euro



DATEN & FAKTEN

► Unter Deutschlands Superreichen nehmen die Händler auch in diesem Jahr wieder die Spitzenplätze ein.

► Nach einem aktuellen Ranking (Manager-Magazin, Oktober 2011) liegen die Familien der Aldi-Gründer mit 33,2 Mrd. vorn. Das ist ein Zuwachs von 100 Mio. Euro. Lidl- und Kaufland-Eigentümer Dieter Schwarz konnte sein Vermögen um 1 Mrd. auf 11,5 Mrd. Euro steigern.

► Im vorderen Feld sind auch die Großfamilien Brenninkmeijer (C&A) und Haniel (u.a. Metro-Konzern) mit 22 bzw. 8 Mrd. Euro zu finden.

INFOGRAFIK: BLEIFREI

EINZELHANDEL

KURZ & KNAPP

► **PRAKTIKER-TARIF:** Der vor kurzem von ver.di ausgehandelte neue Haustarifvertrag Praktiker hat eine zweijährige Laufzeit bis zum 31. Dezember 2013. Nach zwei Nullmonaten erhöhen sich die Tarifentgelte und die Auszubildendenvergütungen ab dem 1. März 2012 um 3,15 Prozent. 2013 gibt es zwei weitere Nullmonate und ab dem 1. März 2013 treten Erhöhungen um 2,1 Prozent in Kraft. Im Januar 2013 kommt es zu einer Einmalzahlung von 50 Euro brutto (Vollzeit), Auszubildende erhalten 25 Euro.

► **STREIT UM URLAUB:** Nach Warnstreiks in mehreren real-Märkten hat es am 28. Oktober auch im Einzelhandel von Mecklenburg-Vorpommern einen Abschluss gegeben. Vereinbart wurde eine Anhebung zum 1. November 2011 um 3 Prozent und zum 1. September 2012 um weitere 2 Prozent. Zusätzlich gibt es in diesem Dezember 125 Euro und 50 Euro im Juli 2012. Ebenso wie in Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein verweigerten die Arbeitgeber jedoch auch in Mecklenburg-Vorpommern die ansonsten vereinheitlichte Urlaubsregelung von 36 Tagen für alle. Zahlreiche Beschäftigte haben inzwischen ihren korrekten Urlaubsanspruch geltend gemacht. Nach einem Düsseldorfer LAG-Urteil ist die Urlaubsstaffelung nach Lebensalter eine ungesetzliche Altersdiskriminierung.

► **GEGEN TARIFFLUCHT:** Anlässlich der Betriebsrätekonferenz der Hela-Fachmärkte in Völklingen hat ver.di die Globus-Tochter im November aufgefordert, in die Tarifbindung zurückzukehren und kündigte neue öffentliche Aktionen an. Das Mindeste sei der Abschluss eines Anerkennungstarifvertrages.

BGHW

Konstituierung

Im September konstituierte sich die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution (BGHW). Für die Versichertenseite wurden als alternierende Vorsitzende der Kollege Andreas Ratzmann (Vertreterversammlung) und der Kollege Manfred Wirsch (Vorstand) wieder gewählt. Die Vertreterversammlung ist auf der Versichertenseite mit 22 ver.di-KollegInnen (von 24) besetzt, im Vorstand wird die Versichertenseite komplett durch ver.di gestellt. Ebenso wurde ein Präventionsausschuss gewählt und die Vertretung, z.B. in den Selbstverwaltungsgremien der berufsgenossenschaftlichen Unfallkliniken, festgelegt.

Für die Neubesetzung der Rentenausschüsse und Widerspruchsausschüsse wurden in vielen Gesprächen etwa 100 KollegInnen gewonnen, die seit November 2011 in ihr Amt berufen werden. ver.di und die Berufsgenossenschaft werden die KollegInnen informieren und qualifizieren, damit sie diese wichtige Aufgabe im Interesse der betroffenen Beschäftigten ausfüllen können. Die BGHW ist Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung für alle Unternehmen, die sich mit dem Handel und der Warenverteilung im weitesten Sinne befassen. Sie betreut insgesamt 4,12 Millionen Versicherte in rund 410.000 Unternehmen.



UMWANDLUNGEN NEHMEN ZU – FACHKONFERENZ VON VER.DI BAYERN

Privatisierung stoppen!

Edeka und Rewe, die Großen der Branche, setzen zunehmend auf die Privatisierung von Märkten. Damit geraten auch dort Tarifvereinbarungen und Mitbestimmungsrechte in Gefahr.

Um die aktuelle Situation und die drohenden Folgen einer verstärkten »Privatisierung im Handel« ging es bei einer Fachkonferenz für Betriebsräte in Bayern, die in der zweiten Oktoberhälfte in München stattfand. »Wir müssen weitere Privatisierungen verhindern und sie generell ächten«, erklärte Hubert Thiermeyer, der Landesfachbereichsleiter Handel bei ver.di Bayern. »Wir werden sie offensiv bekämpfen, denn Privatisierungen führen fast immer in den tariflosen Zustand, und Betriebsräte haben es in diesen Läden außerordentlich schwer, lösen sich oft auf.«

Ein klarer Trend

Die Zahlen belegen einen klaren Trend zu immer mehr privatisierten Supermärkten vor allem bei Edeka: Erzielten bei Edeka 2009 die selbstständigen Kaufleute 17 Milliarden Euro Umsatz, was 65 Prozent des Filialumsatzes ausmachte, so stieg der Wert 2010 auf 18,42 Milliarden Euro, was einem Anteil von 70 Prozent entsprach. Insgesamt werden bundesweit rund 10.000 privatisierte Supermärkte von etwa 6.500 Kaufleuten betrieben. Darunter gibt es nicht nur »kleine Kräuter« mit einem Laden. Die von Rewe belieferte »Petz Märkte GmbH« etwa machte 2009 mit 30 Märkten 209 Millionen Euro Umsatz.

»Gerade in größeren privatisierten Märkten oder Ketten müssen wir dafür Sorge tragen, dass Betriebsratsstrukturen auch nach dem Ende des Betriebs-



Eine Idylle mit vielen privaten Baustellen...

FOTO: WERNER BACHMEIER

übergangs erhalten bleiben«, so Hubert Thiermeyer. Bei der Veranstaltung in München erläuterte Manfred Wages von ver.di Nürnberg die Auswirkungen der verstärkten Privatisierungen. »Es besteht die Gefahr, dass demokratische Strukturen, wie Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der großen Einzelhändler, Stück für Stück zerschlagen werden.« Denn auch wenn zunächst nach dem Betriebsübergang Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen weitergelten, bröckeln nach Privatisierungen schnell die erreichten Konditionen. Manfred Wages: »Oft wird unbezahlte Mehrarbeit verlangt, es gibt neue – und oft falsche – Eingruppierungen beim Entgelt, die Arbeitszeiten

verschlechtern sich ebenso wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie weitere Leistungen aus den Tarifverträgen.«

Erfolge sind möglich

Hintergrundinformationen zu ökonomischen und rechtlichen Aspekten bei der Privatisierung brachten bei der Veranstaltung Dr. Bert Warich vom Wabe-Institut und Rainer Kuschewski von der ver.di-Bundesfachgruppe Einzelhandel ein. Tatsächlich lässt sich ein solches Vorhaben mit dem vorhandenen Instrumentarium kaum aufhalten, so dass vor allem durch abgestimmte Aufklärung und Aktionen die Privatisierungswelle gestoppt werden kann. Doch auch wenn

schon privatisiert wurde, lohnt sich Engagement. Das konnten ver.di-KollegInnen in Südniedersachsen unter Beweis stellen. Anfang Oktober hatten sie Aktionen für Jobgarantien und die Geltung von Tarifverträgen in einem privatisierten Edeka-Supermarkt in Bad Gandersheim organisiert. Rund einen Monat später verständigten sich der Betriebsrat und der neue Inhaber auf eine Regelung zur Beilegung des Konflikts, an der auch die Edeka-Zentrale beteiligt ist. Die zum Zeitpunkt des Abschlusses beim E-Center Beschäftigten erhalten für die nächsten zweieinhalb Jahre die volle Tarifbindung, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen und jährliche Gehaltserhöhungen. **GG**

VER.DI KRITISIERT: 1-EURO-DISCOUNTER ZAHLT SITTENWIDRIGE GEHÄLTER



Bei Lohnwucher sollte geklagt werden

FOTO: PIXELIO

Lohnwucher bei TEDI

Einen neuen Fall von Lohnwucher hat ver.di in Nordrhein-Westfalen aufgedeckt: Beim 1-Euro-Discounter TEDI wird gelerntes Verkaufspersonal mit sieben Euro abgespeist, wie der stellvertretende ver.di-Bezirkschef in Oberhausen Günter Wolf anhand eines Arbeitsvertrages bestätigte. Die Lohnhöhe sei »sogar auf den ersten Blick sittenwidrig«, da der Tariflohn um mehr als ein Drittel unterschritten werde. Für einen stellvertretenden Filialleiter fordert die Gewerkschaft jetzt erst einmal 1.300 Euro nach. Günter

Wolf geht davon aus, dass die Löhne auch in vielen weiteren Fällen sittenwidrig sind, da das TEDI-Problem auch schon anderswo aufgetaucht sei. Die Beschäftigten sollten sich an ver.di wenden und ihre Arbeitsverhältnisse überprüfen lassen. Der 1-Euro-Discounter hat über 1.000 Filialen. Bereits 2009 wurde der TEDI-Muttergesellschaft Kik, die wiederum mit der Tengemann-Gruppe verbunden ist, Lohnwucher nachgewiesen werden. Damals ging es um einen Stundenlohn von 5,21 Euro. **AHA**

RESTRUKTURIERUNG GEFÄHRDET VIELE ARBEITSPLÄTZE / VER.DI VERLANGT JOBSICHERUNG

Wut bei Praktiker über Verlagerung

Ein vom Vorstand der Praktiker AG bekannt gegebenes Programm zur Restrukturierung der Baumarktkette hat zu Ärger und großer Verunsicherung in Teilen der Belegschaft geführt. So soll die Zentrale im saarländischen Kirkel mit zur Zeit rund 700 Beschäftigten aufgegeben werden: Der Firmensitz wird zur Tochtergesellschaft Max Bahr nach Hamburg verlegt.

30 Märkte werden überprüft

Wieviele Jobs bei Praktiker tatsächlich verlorengehen, das ist noch unklar. Nach offiziellen Angaben sollen im Konzern und in outgesourceten Unternehmensteilen »rund zwei Drittel der heutigen Arbeitsplätze mit zentralen Funktionen erhalten bleiben«. Darüber hinaus sollen rund 15 Prozent (ca. 30 Märkte) der 236 Praktiker-Märkte überprüft und eventuell geschlossen werden. Insgesamt können bis zu 2.000 Beschäftigte durch die verschiedenen Maßnahmen betroffen sein. ver.di verlangt ein wirkungsvolles

Konzept zur Arbeitsplatzsicherung. Das jahrelange Missmanagement dürfe jetzt nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden, forderte das für den Handel zuständige Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger.

Der saarländische Landtag hat Ende November einstimmig eine Resolution

zur Erhaltung des Standortes Kirkel beschlossen. Die Verantwortlichen bei Praktiker wurden weiterhin aufgefordert, jeden Veränderungsprozess sozialverträglich zu gestalten.

Für die starken Umsatzrückgänge der letzten Jahre werden u.a. die aggressiven Marketing-Aktionen bei Praktiker (»20

Prozent auf alles«) verantwortlich gemacht. Die zweite Konzernmarke Max Bahr ist dagegen ein Gewinnbringer. Der neue Vorstand der Praktiker AG hat als Ziel formuliert, in zwei bis drei Jahren wieder insgesamt schwarze Zahlen schreiben.

Der Vorstand ist gefordert

In einem Grußschreiben an die Betriebsräteversammlungen von Praktiker und Max Bahr, die nach Redaktionsschluss (2.12.) statt fanden, besteht die ver.di-Bundesfachbereichsleitung Handel auf detaillierten Erklärungen des Unternehmensvorstandes, wie die neuen Konzepte zur Wiederbelebung der Baumärkte aussehen. Gleichzeitig wird der Erhalt der Arbeitsplätze gefordert, »denn die Menschen werden für die Gestaltung der Zukunft in den Märkten und Zentralen gebraucht.« ver.di werde die Beschäftigten und Betriebsräte mit all den Möglichkeiten der Organisation begleiten und beraten. **AHA**



Die Rabattaktionen gingen nach hinten los

FOTO: ARCHIV

MIT STREIK ZUM GROSSEN TARIFERFOLG BEI EDEKA IN BRANDENBURG



»Es war eine großartige Aktion mit einer tollen Stimmung«

FOTO: VER.DI

GROSS- UND AUSSENHANDEL

KURZ & KNAPP

► **KARTOFFEL KUHN:** Voller Erfolg für ver.di Rhein-Neckar und den Betriebsrat des Gemüsegroßhändlers Kartoffel Kuhn: Das Arbeitsgericht Mannheim erklärte auch die sechste Kündigung gegen den Betriebsratsvorsitzenden Michael Mönkemeyer für unwirksam. Arbeitgeber und Betriebsrat einigten sich auf ein Mediationsverfahren. Seit seiner Wahl 2009 war der Betriebsrat regelmäßig von der Geschäftsleitung angegriffen worden. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende war durch Detektive und einen GPS-Empfänger überwacht worden.

Der Rückstau der Lkw reichte bis auf die Autobahn, was die Stimmung der Beteiligten nur heben konnte: Ende August legten in den Edeka-Lagern Mittenwalde und Freienbrink in Brandenburg insgesamt rund 600 Beschäftigte die Arbeit nieder – und erreichten den Durchbruch bei den Tarifverhandlungen.

Tariflos ist nicht mehr

Seit dem 31. August ist der seit 15 Jahren dauernde tariflose Zustand im genossenschaftlichen Großhandel Brandenburgs beendet. Für die Edeka wurde ein Verbandstarifvertrag abgeschlossen.

Kräftiges Plus

Rundum zufrieden können die Beschäftigten mit dem Abschluss sein, denn rückwirkend zum 1. Juli gab es 3 Prozent mehr, zum 1.6.2012 steht eine weitere Entgelterhöhung um 2,4 Prozent an. Außerdem wird die Arbeitszeit zum 1. April kommenden Jahres um eine Stunde auf 39 Stunden pro Woche verkürzt. Jährlich werden 340 Euro in die tarifliche Altersvorsorge gezahlt. Und das ist noch nicht alles: »Der Druck auf

Edeka war so groß, dass es uns gemeinsam gelungen ist, neben der Sicherung der Nachtarbeitszuschläge in Höhe von 50 Prozent und des Gesamtbetrages für Urlaubs- und Weihnachtsgeld auch eine stufenweise Angleichung der Lohn- und Gehaltstabelle an das Niveau des allgemeinen Groß- und Außenhandel Brandenburgs zu vereinbaren«, so Sabine Zimmer, die bei ver.di Berlin-Brandenburg für den Groß- und Außenhandel

zuständig ist. Auf diese Weise steigen die Einkommen 2011 zusätzlich um bis zu etwa 1,8 Prozent.

Eine großartige Aktion

»Es war eine großartige Aktion mit einer tollen Stimmung«, resümiert der Leiter der Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel, Uwe Erschens. »Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass Engagement sich lohnt.« Gut 180 Edeka-Beschäftigte an den beiden Standorten traten während der Arbeitskämpfe in ver.di ein. Die Streikbeteiligung lag bei 85 Prozent. **GG**

IKEA IT

Guter Sozialplan

Neue Jobs, Qualifizierungen, Abfindungen – das alles holten Beschäftigte, Betriebsräte und ver.di bei Ikea IT in Dortmund heraus. Am 23. August wurde der Sozialplan unterzeichnet. »Es war eine echte Gemeinschaftsaktion – inklusive Solidaritätsbekundungen anderer Dortmunder Betriebe und Unterstützung durch den Oberbürgermeister«, sagt Birgit Haverkemper, die im ver.di-Bezirk Dortmund für den Groß- und Außenhandel zuständig ist. Bereits 2010 hatte Ikea beschlossen, die Aufgaben der IT-Abteilung, die für alle Logistiksysteme weltweit verantwortlich ist, zu verlagern. 60 Arbeitsplätze in Dortmund waren davon betroffen. »Durch den hohen Organisationsgrad bei Ikea IT und dem Bewusstsein, gemeinsam erfolgreicher zu sein, haben wir beschlossen, den neuen Weg der Sozialtarifverhandlungen zu gehen«, so Birgit Haverkemper. Zwar ließ sich Ikea darauf nicht ein, doch war es in der Einigungsstelle möglich, die Sozialtarifvertragsinhalte zu thematisieren. Am Ende stand ein sehr guter Sozialplan, der nun den meisten Beschäftigten entweder eine Weiterbeschäftigung bei Ikea oder – zu gleichen Konditionen – bei der Firma Capgemini ermöglicht. Außerdem wurden Qualifizierungsangebote sowie Abfindungen für einen etwaigen Verlust des Arbeitsplatzes festgelegt. **GG**

PHARMAGROSSHÄNDLER NOWEDA UNTERBIETET GELTENDEN TARIF

Tricks bei den Gehältern

Im Pharmagrosßhandel wird mit nahezu allen Mitteln um Marktanteile gekämpft. Insbesondere seit Inkrafttreten des »Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetzes« (AMNOG) sind die Gewinnmargen weiter verringert, da der Großhandel den vorgeschriebenen Abschlag von 0,85 Prozent auf jedes Medikament nicht einfach auf die Apotheken abwälzen kann.

Einen Wettbewerbsvorteil hat sich in dieser Situation Noweda, die Nummer fünf im bundesdeutschen Pharmagrosßhandel, verschafft: Die 100 Beschäftigten in der zum 1. September in Peine neu eröffneten Niederlassung werden nicht etwa nach dem niedersächsischen Tarifvertrag bezahlt, sondern nach dem sächsischen. »Das ist zwar möglich, weil

Noweda in Niedersachsen an keinen Tarifvertrag gebunden ist«, sagt die zuständige Gewerkschaftssekretärin von ver.di Süd-Ost-Niedersachsen, Kornelia Jung. »Da aber die anderen Pharmagrosßhändler in der Region alle den niedersächsischen Großhandeltarif zahlen, verschafft sich Noweda einen Vorteil und kann auf diese Weise weitere Rabattschlachten finanzieren.«

In Peine wird der »falsche« Tarif gezahlt

Deshalb rief ver.di zu Protesten gegen das Lohndumping auf und plante auch eine Mahnwache anlässlich der Eröffnungsfeier der Niederlassung in Peine Ende September. Doch kurzfristig wur-

de die Feier abgesagt. Als Grund gab das Unternehmen Angst vor gewalttätigen Aktionen und Drohungen gegen Mitarbeiter an. Selbstverständlich sei nie zu Gewalt aufgerufen worden, erklärte die zuständige ver.di-Sekretärin Kornelia Jung. »Wir weisen das aufs Schärfste zurück.«

»Unterstellungen bringen niemandem etwas«, betont auch ver.di-Bundesbetreuer Siegmund Roder. »Noweda sollte sich lieber zu Gesprächen bereiterklären, damit wir eine Bezahlung nach dem geltenden niedersächsischen Tarifvertrag erreichen können.« So würde zumindest Gleichstand erreicht.



Schwer genug bleiben die Bedingungen in der Branche ohnedies, erklärt Siegmund Roder. »Das Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz hinterlässt Spuren. Angesichts ohnehin sehr schmaler Gewinnmargen ist in nächster Zeit Personalabbau zu befürchten.« Die Betriebsratsvorsitzenden der Branchenführer Phoenix, Anzag, Gehe, Sanacorp und Noweda haben bereits im Sommer in einem gemeinsamen Brief an die Vorstände und Geschäftsleitungen ihrer Unternehmen die Rabattpolitik kritisiert.

»Sie kürzen Löhne, Gehälter und Sozialleistungen, streichen den Service für die Kunden zusammen und bauen Arbeitsplätze ab, um noch mehr Rabatte geben zu können«, hieß es dort. Insoweit hat sich Noweda mit seinem Lohndumping in Peine in eine ganze Serie unrühmlicher Unterbietungsdein der Branche eingereiht. **GG**

IM STAHLHANDEL DREHT SICH ALLES UMS SPAREN

Neue Flaute bahnt sich an

Nach der Krise ist vor der Krise – das scheint die Devise im Stahlgroßhandel zu sein. Denn obwohl nach den Umsatzeinbrüchen von 2008/2009 bereits im vergangenen Jahr wieder prächtig verdient wurde, dreht sich bei den beiden Marktführern Thyssen Krupp Materials International (TKMI) und Klöckner & Co bereits wieder alles ums Sparen. Im Klartext: um Personalabbau, Arbeitszeitausweitung, Reduzierung nicht tariflich gesicherter Leistungen.

Sehr profitabel, aber ...

»Der Stahlgroßhandel inklusive des Dienstleistungsbereichs bei TKMI war und ist sehr profitabel, doch hat sich der Konzern durch einige Auslandsbeteiligungen enorm verschuldet«, sagt der zuständige ver.di-Betreuungssekretär Rolf Mootz. Und so wurde trotz eines hervorragenden Ergebnisses 2010 nichts in die hiesigen Standorte investiert, sondern brav an den Konzern abgeführt. Und mittlerweile zeigt die Auftragskurve bereits wieder nach unten: »Der Betriebsrat stellt sich darauf ein, dass die Lagerhaltung reduziert wird, und das bedeutet dann wohl auch Personalab-

bau«, stellt Rolf Mootz fest. Verhandlungen mit dem GBR laufen bereits über den Abbau von Beteiligungsprogrammen, die nicht tariflich gesichert sind. »Wir unterstützen die Betriebsräte dabei, wobei wir von Anfang an einen Tarifvertrag über diese Sondervergütungen abschließen wollten.« Ebenfalls nicht auf den Tarifvertrag des Groß- und Außenhandels, sondern auf betriebliche Lösungen setzt die TKMI-Geschäftsleitung bei der gewünschten Arbeitszeitverlängerung, die mit einer weiteren Flexibilisierung einhergeht.

Und bei Klöckner & Co sind nach einem sehr guten Ergebnis im vergangenen Jahr bereits jetzt Umsatzeinbrüche zu verzeichnen. Anfang September kündigte das Unternehmen an, sich von Geschäftsteilen mit einem Umsatz von rund einer halben Milliarde Euro zu trennen. Dabei soll das Geschäft vor allem in einzelnen Landesgeschäften reduziert werden. Rolf Mootz: »Wir werden uns wohl auch hier auf Streichungen und Abbau einstellen müssen.« Wie stark nun die Einbußen wirklich ausfallen und ob es tatsächlich zu einer handfesten Wirtschaftskrise kommt, weiß im Moment allerdings niemand. **GG**

QUALIFIZIERUNG EHRENAMTLICHER GESTARTET

Gelungener Auftakt

Die Atmosphäre war angenehm und erwartungsvoll: 15 Kolleginnen und Kollegen aus allen ver.di-Landesbezirken waren vom 30. September bis zum 2. Oktober in der ver.di-Bildungsstätte in Berlin-Wannsee zum Startworkshop des neuen Projekts »Qualifizierung Ehrenamtlicher im Groß- und Außenhandel« zusammengekommen.

»Ich will die Gewerkschaftsarbeit ausbauen – auch mit Blick auf meinen Ruhestand in ein paar Jahren«, erläutert Rolf Bräunig, Betriebsratsvorsitzender bei Metro C+C in Dortmund, seine Motive für die Projektteilnahme. Auch die

Vernetzung mit anderen Ehrenamtlichen ist den Teilnehmern wichtig, wie etwa Esther Didier unterstreicht, die aus dem Elektro-Großhandel im Saarland kommt.

»Der Workshop zum Auftakt hat bereits gezeigt, dass hier ein Team zusammenwachsen kann, das auch über die Qualifizierung hinaus aktiv wird«, stellt erfreut Uwe Erschens fest, Leiter der ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel. In vier Modulen werden die Ehrenamtlichen bis zum September 2012 unter anderem mit gewerkschaftspoli-

tischen Themen, dem Aufbau der ver.di-Organisation wie auch mit Rhetorik, Moderation und Kommunikationstechniken vertraut gemacht. Betreut wird das Projekt von der Bildungsbeauftragten des Fachbereichs Handel, Heike Werner, von Katja Nöthen vom ver.di-Bereich gewerkschaftliche Bildung sowie den ehrenamtlichen Teamern Michaela Müller-Klang und Peter Schmidt. Initiatorin und Schirmherrin ist die Bundesfachgruppe.

GUDRUN GIESE



Beim Startworkshop in Berlin-Wannsee

FOTO: VER.DI

INTERVIEW MIT STEFANIE NUTZENBERGER, NEUE LEITERIN DES VER.DI-BUNDESFACHBEREICHS HANDEL

»Es gibt viele Gründe, im Handel selbstbewusst aufzutreten«

Hinter bunten Fassaden versteckt sich im Handel oft ein anderes Bild. Ein Stichwort ist prekäre Beschäftigung. Wird es 2012 neue Ansätze im Fachbereich Handel geben, um die Probleme anzugehen?

STEFANIE NUTZENBERGER: Die Branche muss als Arbeitsplatz attraktiver werden, auch für junge Leute. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zeichnet sich klar ab, dass hier Handlungsbedarf ist.

Momentan ist festzustellen, dass die Bewerberzahlen für Ausbildungsplätze zurückgehen. Ein Grund dafür ist sicher das Image – prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen wirken sich negativ aus. Gerade wenn ich jung bin, dann will ich doch in einer Branche arbeiten, die mir auch eine Zukunft bietet und in der ich Spaß an anspruchsvoller Arbeit haben kann. Wenn wir gegen prekäre Beschäftigung eintreten und uns für existenzsichernde gute Arbeit engagieren, so geschieht das auch im volkswirtschaftlichen Interesse. Schlecht bezahlte, unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind für die unmittelbar Betroffenen existenzbedrohend. Sie sind aber auch deswegen problematisch, weil sie die Binnennachfrage schwächen. Überdies lassen sich Unternehmen mit Dumpinglöhnen ihre Geschäftspolitik auch noch über Hartz-IV-Leistungen auf Kosten der Allgemeinheit finanzieren.

Hier sehe ich große Versäumnisse der Politik und denke, dass wir im Fachbereich und darüber hinaus plausible, gute Initiativen zur Stärkung der Kaufkraft entwickeln müssen. So stabilisiert beispielsweise eine Ausweitung der Tarifbindung die Binnenkonjunktur. Unternehmen, die keinen Tarif zahlen, schaden ihr. Das gilt aktuell auch für große Unternehmen, die Märkte privatisieren und so einer Tariffucht Tür und Tor öffnen. Die Ausweitung der Tarifbindung und der Ausbau der Mitbestimmung im Handel sind zwei unserer großen Themen.

Was sollte möglichst bald anders werden?

STEFANIE NUTZENBERGER: Wir fordern, dass sich die Unternehmen durchgängig ihrer Verantwortung für die Ausbildung stellen. Hier sehen wir als Bundesfachbereich Ansätze, um die Qualität der Arbeit für junge Menschen stärker ins Blickfeld zu rücken. Gleichzeitig ist die Frage zu beantworten, wie die Bedingungen im Handel sind und wie sie gestaltet werden müssen, damit die Arbeit auch nach 20 oder 30 Berufsjahren noch geleistet werden kann. Beides lässt sich kurz mit dem Slogan »Gute Arbeit für Jung und Alt« beschreiben.

Im Handel möglichst viele Weichen für gesundheitsverträgliche und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu stellen, ist die eine Aufgabenstellung. Hinzu kommt als sehr aktuelles Ziel die Einführung eines tariflichen Mindestlohns im Einzelhandel, um die Lohnspirale nach unten zu stoppen und gleichzeitig den Flächentarifvertrag zu stabilisieren. Das Geschäftsmodell »Billig auf Kosten der Beschäftigten« ist eines, das aus meiner Sicht keine Zukunft haben darf. Wir werden uns weiterhin für existenzsichernde Einkommen in der gesamten Branche stark machen und noch stärker die teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen in Werkverträgen skandalisieren. Hier erwarten wir auch politische Hebel und gesetzliche Grundlagen, dass solche Arbeitsverhältnisse nicht zulässig sind.

Gibt es Kontakte und Verabredungen mit der Arbeitgeberseite, um die



Stefanie Nutzenberger, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und Fachbereichsleiterin Handel
FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSIFOTO.DE

Gestaltung der Arbeitsbedingungen zum Thema zu machen?

STEFANIE NUTZENBERGER: Ja, im Handel startet jetzt ein wissenschaftlich begleitetes Projekt, das gesundheitsförderliche Arbeit in verschiedenen Lebensphasen thematisiert. Es werden in Betriebsprojekten tragfähige Ansätze und Verfahren erarbeitet, um die Arbeit alters- und altersgerecht zu gestalten. Diese müssen praxistauglich, umsetzbar, motivierend und nachhaltig sein. Dafür entwickeln wir Qualifizierungsbausteine, Handlungs- und Arbeitshilfen für betriebliche Akteure. Aus unserer Sicht sollten die Ergebnisse in einem Tarifvertrag festgeschrieben werden. Und unter der Überschrift »Menschen haben ihre Würde. Arbeit hat ihren Preis« fordern wir einen tariflichen Branchenmindestlohn. Hierzu haben wir bereits mehrmals die Arbeitgeberseite aufgefordert, die Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen eines Tarifvertrages Mindestlohn sicherzustellen. Ein solcher Tarifvertrag muss für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

Welche Ziele steckt sich der Bundesfachbereich bei der Gewinnung neuer Mitglieder?

STEFANIE NUTZENBERGER: Unser Ziel ist es, dass wir unsere Durchsetzungskraft erhöhen und mehr Menschen davon

überzeugen, Mitglied unserer Gewerkschaft zu werden. Wir sind auf einem guten Weg und haben beispielsweise im Groß- und Außenhandel sehr gute Erfolge erzielt. Ich bin davon überzeugt, dass wir unter Beteiligung unserer aktiven ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen mit unseren sehr engagierten Hauptamtlichen dieses Ziel erreichen werden.

In welchem Maße hängt die Durchsetzungsfähigkeit von der ver.di-Präsenz in den Handelsbetrieben ab?

STEFANIE NUTZENBERGER: Unsere ver.di-Betriebsräte setzen sich mit hohem Engagement und unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen in den Betrieben für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ein und zeigen, dass ver.di ein Gesicht hat. Dies ist ein Baustein für die Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben. Mehr und stärker werden heißt, mehr Menschen für unsere Gewerkschaft gewinnen und gemeinsam mit den Aktiven in den Betrieben und mit den Betriebsratsgremien die Probleme dort anzugehen. Das heißt, mit den Menschen Lösungen zu erarbeiten, ihre Kompetenz zu nutzen und unsere Mitglieder aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das alles stärkt unsere Durchsetzungskraft. Dazu brauchen wir in ent-

Stefanie Nutzenberger

Die 48-jährige Stefanie Nutzenberger war vor ihrer Wahl in den ver.di-Bundesvorstand zuletzt im Saarland stellvertretende Leiterin des ver.di-Landesbezirks und Leiterin des dortigen Fachbereichs Handel. Sie ist Mitglied im Aufsichtsrat von Karstadt, wo sie auch ihren beruflichen Werdegang begann und Mitglied der GJAV sowie des Betriebsrates war. Insgesamt war Stefanie Nutzenberger von 1981 bis 1997 bei Karstadt Kaiserslautern tätig. Sie erhielt dort ihre Ausbildung zur Einzelhandelskauffrau und arbeitete danach als Verkäuferin. Während dieser Zeit machte sie auch ihr Fachabitur und ihren Abschluss als Dipl. Betriebswirt, Schwerpunkt Personalwesen, an der Fachhochschule Wirtschaft Ludwigshafen. Danach wurde sie Gewerkschaftssekretärin bei der HBV, eine der ver.di-Gründungsorganisationen.

scheidendem Maße unsere ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen.

In den Medien wird der Handel stärker zum Thema gemacht als früher. Wie ist das einzuschätzen?

STEFANIE NUTZENBERGER: Es ist wichtig, dass über die Arbeitsbedingungen im Handel informiert wird. Und dass sich die Verbraucher ein Bild machen können, wo sie einkaufen. Unternehmen sollen spüren, dass eine Geschäftspolitik, die auf schlechten Arbeitsbedingungen aufbaut, keine Zukunft hat. Wir werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen, seien es die Aktivitäten gegen sittenwidrige Löhne, z. B. bei Kik oder unfaire Arbeitsbedingungen bei anderen Discountern und anderen Betriebsformen. All das hat dazu geführt, dass stärker ins Bewusstsein gerückt ist, wie die Arbeitsbedingungen im Handel sind und wie sich ver.di im Handel für die Interessen der Beschäftigten einsetzt.

(Interview: Andreas Hamann)

BUNDESKONGRESS



Margret Mönig-Raane – Danke!

Wechsel an der Spitze des Bundesfachbereichs Handel

Beim ver.di-Bundeskongress, der vom 17. bis zum 24. September in Leipzig stattgefunden hat, ist Stefanie Nutzenberger mit 88,8 Prozent in den ver.di-Bundesvorstand und zur Leiterin des Fachbereichs Handel gewählt worden. Sie ist in dieser Funktion Nachfolgerin von Margret Mönig-Raane, die vom Kongress und bei vielen anderen Gewerkschaftstreffen sehr herzlich verabschiedet wurde. Über den Bundesfachbereich Handel hinaus verantwortet Stefanie Nutzenberger die Bereiche Frauen- und Gleichstellungs- sowie Genderpolitik. In seiner Grundsatzrede und in anderen Beiträgen stellte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske in Leipzig immer wieder Beispiele erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit wie bei Schlecker heraus und kennzeichnete prekäre Arbeit im Handel als Skandal. Einige Redebeiträge ehrenamtlicher Kolleginnen haben dies unterstützt, sich für die Unterstützung in ver.di bedankt und sie auch für die Zukunft eingefordert, unter anderem bei der Durchsetzung eines Mindestlohns im Einzelhandel oder bei der Gründung von Allianzen für den freien Sonntag.

POSITIVE MITGLIEDERENTWICKLUNG – AKTIV IN DEN TARIFRUNDEN

Aufwind für die Jugend

Ein gutes Jahr für die ver.di-Jugend im Handel geht dem Ende zu, ein sehr gutes. »Wir sind innerhalb von zwölf Monaten aus einem dicken Minus in eine positive Mitgliederentwicklung hineingekommen«, sagt Stefan Najda, der im ver.di-Fachbereich Handel für die Jugend zuständig ist. Im neuen Jahr soll der Positivtrend fortgesetzt werden.

Viel vorgenommen für 2012

Zwei Faktoren haben 2011 Auszubildende und junge Beschäftigte im Handel vor allem motiviert, ver.di-Mitglied zu werden: die Tarifrunde mit ihren guten Abschlüssen bei den Vergütungen für Auszubildende und die JAV-Konferenz, die im Frühjahr in Willingen stattfand. Stefan Najda: »Hier gab es immer wieder gute Gelegenheiten, junge Kolleginnen und Kollegen direkt auf ihren möglichen Gewerkschaftseintritt anzusprechen. Viele waren hochinteressiert.« Insofern gebe es bei rund 250.000 Auszubildenden im Handel sowie 300.000 jungen Beschäftigten (unter 28 Jahren) noch ein erhebliches Potenzial.

Dass sich eine Tarifrunde eignet, junge Beschäftigte für die Gewerkschaft zu

gewinnen, hat auch Tobias Uelschen erfahren, Mitglied der Tarifkommission Jugend im ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen und beschäftigt bei Karstadt in Hannover. »Es ließ sich prima mobilisieren, zumal wir in diesem Jahr sehr gutes Material hatten mit speziellen Jugendtarifinfos.« Bedauerlich sei in dieser Tarifrunde, dass die Arbeitgeber vorerst vier Tarifgebiete im Norden (Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) von der

sonst vereinheitlichten 36-Tage-Urlaubsregelung abgekoppelt hätten.

Auch die diesjährige JAV-Konferenz in Willingen hatte einen nachhaltig positiven Effekt. »Wir haben dort die Wandzeitungsmethode kennengelernt, die es Auszubildenden ermöglicht, anonym Kritik zu äußern und Missstände zu benennen«, sagt Maria Langanke, GJAV-Vorsitzende bei Ikea sowie JAV-Vorsitzende in der Filiale in Berlin-Spanndau. Erste Jugend- und Auszubildenden-

vertretungen bei Ikea haben die Wandzeitungen mittlerweile eingesetzt. Zu den drängenden Problemen, die regelmäßig auftauchen, gehört die Frage der Übernahme nach der Ausbildung.

Dass diese Art der Befragung in den JAVen gut ankommt, weiß auch Stefan Najda. »Im kommenden Jahr wird das fortgesetzt, denn wir wollen, dass sich Auszubildende kritisch äußern können.« Das Engagement für »Gute Ausbildung« werde ebenso fortgesetzt wie die Qualifizierung der JAVen. »2012 werden wir vor allem in die Betriebe gehen, um die zentralen Themen zu vermitteln.«

GUDRUN GIESE

ENGAGEMENT HAT EIN GESICHT

In München hat Ende November eine Serie öffentlicher Solidaritätsaktionen begonnen. Vor dem Metro-Markt in München-Pasing verteilten die ver.di-Jugend und der Fachbereich Handel Flugblätter, mit denen an die Kunden appelliert wurde, sich für die Übernahme von Caner Demir in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis auszusprechen. Bei einer Betriebsversammlung trugen viele Beschäftigte T-Shirts mit der Forderung nach Übernahme. Das hat der Arbeitgeber entgegen gesetzlicher Bestimmungen bisher abgelehnt. Dem Fachverkäufer im Fischbereich wirft Metro ungenügende Leistung vor, was ver.di und viele aus der Belegschaft für ein vorgeschobenes Argument halten. Vermutet wird, dass das Unternehmen einen engagierten Kollegen loswerden will, denn Caner ist sowohl JAV-Vorsitzender in München-Pasing als auch Vorsitzender der Gesamt-Jugend- und Auszubildenden-Vertretung (GJAV) von Metro C+C Deutschland. Bei Redaktionsschluss waren weitere Aktionen geplant, auch anlässlich eines Gerichtstermins am 6. Dezember.



unbefristete Übernahme gilt für alle Jugendvertreter, der Geschäftsführer wirft unseren zum 31. 1.12 raus.
A.H.A.